



Interview

Interview mit Ralf Ludwig: ZAAVV-Bericht an UNO rechnet mit Regierungslügen ab



Das „Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit“ legte der UNO einen Parallelbericht über die Corona-Zeit vor, weil die Bundesregierung in ihrem Bericht sämtliche Corona-Verbrechen verschwieg. Damit tun sich neue Möglichkeiten in der Corona-Aufarbeitung und in der Verhinderung ähnlicher Verbrechen auf.

Kla.TV:

In unserem Studio heiße ich heute einen besonderen Gast herzlich willkommen. Er ist eine ganz besondere Person, in meinen Augen ein Held. Er hat in der dunklen, jüngsten Vergangenheit dieser Corona-Pandemie-Zeit, wo wir durch Panikattacken drangsaliert wurden, wo wir Einschränkungen ohne Ende erfahren mussten, wo uns alles Mögliche verboten wurde, hat er das „Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit“ ins Leben gerufen. Als dann die einrichtungsbezogene Impfpflicht kam, also noch mal eins drauf, reichte er am 10. Dezember 2023 an die 600 Strafanzeigen bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ein. Sein Motto war: Der Staat darf keinen Menschen töten. Das geschah angesichts dieser experimentellen sogenannten Impfung gegen Corona, wo es viele Nebenwirkungen gab, bis hin zu Todesfällen. Sein Motto: Der Staat darf das nicht. Dazu haben wir den Staat niemals berechtigt. Diesen Helden, der für unser Land eingetreten ist, an sich für die ganze Menschheit eingetreten ist, war häufig auf Demos zu sehen, neben Michael Ballweg. Er hat auch Michael Ballweg in seinen Verhandlungen, seinen Gerichtstagen, auch juristisch unterstützt, und ich begrüße herzlich heute Rechtsanwalt Ralf Ludwig.

RA Ralf Ludwig:

Ja, hallo, danke, dass ich hier sein darf.

Kla.TV:

Herr Ludwig, das ZAAVV, dieses Zentrum für Aufklärung und dieser juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen an der Menschheit, hat jetzt ganz frisch einen Bericht geschrieben und zwar an die UNO [Vereinte Nationen] – niemand anders als an die UNO. Was hat es mit diesem Bericht auf sich? [<https://www.zaavv.com/de-de/uno>] Warum gab es diesen Bericht? Warum wurde er erforderlich von Ihrer Nichtregierungsorganisation, ZAAVV?

RA Ralf Ludwig:

Ja, also wir haben ja im Jahr 1948 die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ verabschiedet. Aufgrund der Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg, aus der Zeit des Nationalsozialismus, sind ja die Allgemeinen Menschenrechte als individuelle Rechte eingeführt worden. Und im Nachgang zu der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ gab es noch zwei Pakte. Das ist einmal der Zivilpakt, über zivile und bürgerliche Rechte, und

zum anderen der Sozialpakt, die die individuellen Menschenrechte noch konkretisieren, noch klarer fassen. Und in Bezug auf diesen Sozialpakt hat man sich geeinigt, dass dort die Staaten ab Beginn der 2.000er Jahre regelmäßig alle fünf Jahre einen sogenannten Sozialbericht abgeben müssen. Das heißt, die Staaten einen Staatenbericht. Sie müssen quasi einen Bericht abgeben über den Zustand der Menschenrechte, die in diesem Sozialpakt festgelegt sind. Das sind also zum Beispiel Arbeitsrechte, Gleichberechtigung, Gesundheit, kulturelle Rechte. Über diese Rechte müssen die Staaten der Welt regelmäßig berichten, über den Zustand in ihren Ländern.

Kla.TV:

Gegenüber der UNO?

RA Ralf Ludwig:

Gegenüber der UNO. Das ist der UNO-Sozialausschuss, der das macht. Das ist also eine Unterorganisation oder Untergruppierung der UNO. Und da muss dann alle fünf Jahre quasi der Sachstand berichtet werden. Wie sieht es bei uns aus mit Lohn, mit Gleichberechtigung, mit Gesundheitsversorgung? Gibt es eine Basisgesundheitsversorgung oder kriegen die Menschen eben die bestmögliche Versorgung? Wie sieht es aus mit den kulturellen Rechten? Weil kulturelle Rechte eben auch individuelle Menschenrechte sind. Und Nichtregierungsorganisationen, auch Einzelpersonen, können, wenn dann diese Berichte veröffentlicht sind, einen sogenannten Schattenbericht oder Parallelbericht abgeben. Das heißt, man gibt an die UNO einen Bericht und sagt: Na ja, hier hat der Staat ja sehr schön darüber berichtet, was er alles geleistet hat, aber viele Dinge vergessen. Insbesondere auch Dinge vergessen, die er nicht geleistet hat oder die er möglicherweise sogar menschenrechtswidrig geleistet hat. Und dazu werden dann die Nichtregierungsorganisationen aufgefordert, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt einen sogenannten Schatten- oder Parallelbericht abzugeben. Das haben wir gemacht als ZAAVV. Und jetzt wird am 18. September...

Kla.TV:

Entschuldigung – über diese Corona-Zeit speziell?

RA Ralf Ludwig:

Der jetzige Bericht war, der Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland war von der Zeit von 2018 bis 2023. Also wie man sich an die sozialen Rechte in Deutschland, also diese Rechte, die ich gerade aufgezählt habe, in dieser Zeit gehalten hat. Und in diese Zeit fiel ja die Corona-Zeit. Und das heißt, in dem Staatenbericht hat die Bundesrepublik irgendwie vergessen, über die Maßnahmen, die sie zwischen 2020 und 2023 ergriffen hat, zu berichten.

Und jetzt sind wir als Nichtregierungsorganisationen aufgefordert, quasi eine sogenannte List of Issues... – also das heißt, wir sagen quasi, was steht denn nicht drin in diesem Bericht? Welche Lücken sind denn drin? Was haben sie vergessen? Und das haben wir als ZAAVV als Aufgabe gesehen und haben gesagt: Okay, wenn die Bundesregierung selber nicht darüber berichtet, dass Schulkinder traumatisiert sind, weil sie nicht in die Schule durften, weil sie in der Schule dann, wenn sie dort waren, Masken tragen mussten, ständig getestet wurden und so weiter, dann müssen wir über diese Traumatisierung berichten.

Wenn die Bundesregierung vergisst, mitzuteilen, dass sie medizinische Eingriffe gegen

Menschen vorgenommen haben, ohne auf den medizinischen Standard zu achten, zum Beispiel eben diese Impfpflicht, müssen wir das vortragen. Ja, wenn die Bundesregierung vergisst, dass die Maßnahmen, die sie gemacht haben, im Wesentlichen auf Nudging [jmd. in eine bestimmte Richtung schubsen] und auf Schocktherapie basieren, was Menschenrechtsverstoß ist, müssen wir darüber berichten. Ja, wenn die Bundesregierung vergisst, dass sie eine Impfempfehlung für Schwangere zulässt, ohne dass es dafür irgendwelche wissenschaftlichen Begründungen gibt, also Impfempfehlung mit mRNA-Impfung, müssen wir darüber berichten. Und das haben wir in unserem Parallelbericht geschrieben. Oder eben zum Beispiel auch die kulturellen Rechte, dass in der Zeit zwischen 2020 und 2023 Kultur in Deutschland quasi nicht stattgefunden hat, dass man nur als, ab einem bestimmten Zeitpunkt, nur als Geimpfter überhaupt noch Konzerte besuchen durfte oder ins Kino gehen durfte. Wenn die Bundesregierung vergisst, über diese Menschenrechtseinschränkungen in dieser Zeit zu berichten, müssen wir das machen. Und das haben wir gemacht. Und darüber wird dann am 18. September in Genf mit den Vertretern der Bundesregierung, mit Vertretern der UNO gemeinsam diskutiert.

Kla.TV:

Es ist unglaublich, dass unsere Politik in ihrem Bericht sich darüber total ausschweigt, über diese wirklich skandalösen Einschränkungen, über diese massiven – wirklich – Menschenrechtsverletzungen und halt eben auch, wie soll ich sagen, wenn Kinder doch mit Maske rumlaufen, diese Traumatisierungen, die dadurch stattgefunden haben. Das ist alles nicht erwähnt worden?

RA Ralf Ludwig:

Das ist alles nicht erwähnt worden.

Kla.TV:

Unglaublich.

RA Ralf Ludwig:

Genau, man kann ja möglicherweise sagen: Okay, aufgrund der Pandemie-Situation und aufgrund der Gefährlichkeit dieses Virus haben wir in dieser Zeit folgende Rechte in folgendem Maße eingeschränkt. Das hätte man ja sagen können. Aber die Bundesregierung hat nicht mal versucht, sich zu rechtfertigen für die Maßnahmen, die sie gemacht haben, sondern sie haben die Maßnahmen komplett unter den Tisch fallen lassen. Sie haben gar nicht darüber berichtet. Es steht in einer Fußnote drin, dass man aktuell ein Problem hat mit vielen traumatisierten Schulkindern. Und in dieser Fußnote, das verweist dann auf einen weiteren Bericht, der dann wieder eine Fußnote hat, wo man sagt, es könnte möglicherweise an diesen Maßnahmen liegen. Aber das war es eigentlich auch schon. Ansonsten – über Impfpflicht, über Impfschäden, über Impftote, über die Nudging- und Schockmaßnahmen, über die kulturellen Einschränkungen, über all das, was wir von 2020 bis 2023 erlebt haben – kein Wort, nichts. Sondern die Bundesregierung lobt sich eigentlich dafür, dass sie es geschafft haben, dass wir jetzt eine gendergerechte Sprache eingeführt haben, dass wir die Diskriminierung verhindern, weil jetzt eben Menschen, die eben ihr Geschlecht anders sehen als das, was mal bei ihrer Geburt eingetragen war, dass die jetzt die Möglichkeiten haben, ihr Geschlecht zu wechseln und so weiter. Das waren jetzt die Erfolge oder das Berichtenswerte von der Zeit von 2018 bis 2023. Alles andere findet in dem Bericht, in dem Staatenbericht der Bundesrepublik nicht statt.

Kla.TV:

Ja, ist ja unglaublich. Und jetzt am 18. ist eine Anhörung, wenn ich es richtig verstanden habe – von der UNO selber, von diesem Sozialausschuss?

RA Ralf Ludwig:

Genau, der Prozess ist, die Staaten, alle Staaten der UNO, die eben daran beteiligt sind, die diesen Sozialpakt ratifiziert haben. Die berichten eben über diese verschiedenen Bereiche. Dann haben Nichtregierungsorganisationen eine Frist und haben Zeit – das war in diesem Fall bis zum 30. Juni. Am 30. Juni, wir haben es am 28., glaube ich, eingereicht. Also bis zum 30. Juni kann man dann diesen sogenannten Parallelbericht einreichen, wo man dann eben sich den Bericht der Bundesregierung, also des Staates, anschaut, und dann als Nichtregierungsorganisation sagt, was da alles fehlt am Rande. Es haben etwa 20 Nichtregierungsorganisationen aus Deutschland ihre Parallelberichte eingebracht. Von allen anderen ist auch nichts über Corona erwähnt.

Kla.TV:

Unglaublich.

RA. Ralf Ludwig:

Das heißt also, man hat das Gefühl, dass hier, das sind natürlich alles im Wesentlichen auch staatlich finanzierte Nichtregierungsorganisationen, also offensichtlich eher Claqueure [jmd., der bezahlte worden ist, zu klatschen] als kritische Menschenrechtsorganisationen. Und die reichen das ein bis zu diesem Zeitpunkt. Das haben wir auch gemacht. Und dann wird eben über eine bestimmte Periode – das ist hier, glaube ich, von Ende August bis zum 3. Oktober, wird dann halt... – also in unserem Bereich sind, glaube ich, fünf Staaten enthalten, dabei, außer die Bundesrepublik Deutschland – findet dann eben vor dem UNO-Sozialausschuss ein sogenanntes Briefing statt. Das heißt, wir sind mehr oder weniger in einem großen Saal, der aber abgeschlossen ist. Da wird nichts nach außen übertragen. Und da wird dann halt darüber berichtet, über diese Issues, die die Nichtregierungsorganisationen quasi einbringen und sagen, wo ist noch Nachholbedarf? Und dann wird eine sogenannte List of Issues [Aufgabenliste] gemacht. Das heißt, der Bundesregierung werden jetzt dann quasi von der UNO Hausaufgaben aufgegeben, was sie in Zukunft verändern müssen, was sie verbessern müssen. Und dann wird in fünf Jahren wieder überprüft: Haben sie sich daran gehalten? Haben sie die Menschenrechtssituation verbessert oder haben sie das nicht getan?

Kla.TV:

Also, wenn ich es richtig verstanden habe, Herr Ludwig, dann war praktisch das ZAAVV die einzige Organisation, die sich kritisch geäußert hat?

RA Ralf Ludwig:

Na ja, so wie es auch während der Corona-Zeit war. Es gab ja nur eine geringe Zahl an Kritikern, an Menschen, die das kritisiert haben. Fast alle waren ja auf dem Standpunkt: Wir haben eine schwere Pandemie. Und wenn wir eine schwere Pandemie haben, da muss man jetzt hier blindlings dem Staat folgen. Also quasi gehorsam. Diese Regeln dürfen nicht hinterfragt werden, war ja damals das Motto. Muss man dem gehorchen? Und ja, alle machen das weiter. Also wir sind weiterhin in diesem Narrativ. Und ein wesentlicher Teil unseres Parallelberichts ist ja, dass wir sehr, sehr sauber herausgearbeitet haben, wie mit dieser Schockstrategie gearbeitet worden ist. Die Menschen sind ja unter Schock gesetzt worden, und dieser Schock wirkt ja noch nach.

Kla.TV:

Ja, genau.

RA Ralf Ludwig:

Und eine der Forderungen – also wir stellen in diesem Bericht dann auch Forderungen, man darf dann Forderungen stellen, die umgesetzt werden müssen. Und eine von unseren Forderungen ist, dass Schockstrategien verboten werden, dass die UNO quasi sagt, Schockstrategien werden immer als Menschenrechtsverletzung, als Verbrechen gegen die Menschheit angesehen. Wenn der Staat mit Schockstrategie, was ja hier war, Motto: Deine Großeltern werden ersticken, wenn du dich nicht an die Regeln hältst. Dann ging es an die Kinder und so weiter. Also wenn der Staat Menschen unter Schock setzt, wie diese Bilder aus China, das eine Bild aus Bergamo, was ja als Bilder aus Bergamo in die Annalen eingegangen ist, die Behauptungen, wenn man sich eben an diese Regeln nicht hält, dann werden viele Menschen sterben. Dann werden die Großeltern sterben, dann wird man qualvoll ersticken und so weiter. Das ist ja alles Schockstrategie. Und wenn der Staat auf seine Bürger mit dieser Schockstrategie einwirkt, man nennt das Nudging, sie in eine bestimmte Richtung schubst, dann folgen die Leute natürlich auch. Und es wird quasi, das weiß man ja auch, es wird im Hirn eine Reaktion erzeugt, die dann eben genau dazu führt, dass die Menschen auf einmal folgsam sind und man mehr oder weniger nicht mehr kritische Maßnahmen hinterfragt und eher auf einmal, wie wir das auch erlebt haben, die Kritiker verfolgt. Also was haben wir alles erlebt, mit Hausdurchsuchungen, mit Kriminalisierungen und so weiter, und auch mit öffentlichen Kriminalisierungen in den Medien und so weiter. Und das passiert durch diese Schockstrategie. Und die müssen wir verbieten. Wir müssen dafür sorgen, dass der Staat nicht mehr auf diese Art und Weise versuchen darf, auf die Bevölkerung einzuwirken.

Kla.TV:

Und welche Erfolgsaussichten sehen Sie, dass halt eben dann der Staat sich da ändert? Also was wird da genau geschehen? Er kriegt vielleicht einen Maßnahmen-Katalog, was er ändern soll künftig? Oder wie sieht das dann praktisch aus?

RA Ralf Ludwig:

Genau, es wird einen Maßnahmen Katalog geben, wo diese kritischen Punkte beschrieben sind. Also wir haben ja jetzt schon einiges erreicht. Wir haben den Parallelbericht eingereicht, der Parallelbericht ist anerkannt. Er ist auf der Seite der UNO veröffentlicht, [https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=2704&Lang=en] also man kann ihn einsehen, man kann ihn dort lesen. Wir sind als Nichtregierungsorganisation dahin eingeladen – aus meiner Sicht die einzige Nichtregierungsorganisation in Deutschland, die sich für individuelle Menschenrechte einsetzt. Alle anderen tun das ja offensichtlich nicht.

Wir werden dort in diesem Briefing-Raum sein, in diesem Saal, wo darüber gesprochen wird. Das heißt, die Bundesregierung wird quasi mit unseren Punkten konfrontiert. Dazu gehört zum Beispiel, dass (Prof. Dr. Denis) Rancourt ja in einer Studie [Studie von Prof. Dr. Denis Rancourt: <https://correlation-canada.org/wp-content/uploads/2024/07/2024-07-19-Correlation-ACM-World-125-countries-Rancourt-Hickey-Linard.pdf>] herausgefunden hat, dass bis Ende 2022 17 Millionen Menschen weltweit an der Impfung verstorben sind. Das ist ja ein wichtiger Punkt, an dem wir sagen müssen: Hier ist etwas eingeführt worden, auch

zwangsweise, wo nachweislich weltweit 17 Millionen Menschen dran verstorben sind. Ich meine 17 Millionen Menschen – wann in der Geschichte sind denn schon mal 17 Millionen Menschen aufgrund staatlicher Maßnahmen verstorben? Ja, das darf man ja alles nicht vergessen.

Und das heißt, wir sind dort angekommen. Wir sind dort anerkannt. Wir können unsere Punkte bringen. Und das ist ein weiteres Mosaikteilchen in der Aufklärung und Aufarbeitung. Wir bringen es nach außen, auch über die Seite der UNO. Die Punkte, die wir sagen, die alle wissenschaftlich unterlegt sind, müssen wahrgenommen werden. Man muss mit uns darüber diskutieren. Und man kann sie irgendwann nicht mehr zur Seite bringen. Und Sie sagten den Satz: Der Staat darf keinen Menschen töten. Ich habe immer noch einen zweiten Satz dazu: Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Verbrechen gegen die Menschheit verjähren nie.

Das heißt also, was wir jetzt machen, ist die nächste Stufe. Wir hatten die Strafanzeigen gemacht. Die sind natürlich abgelehnt worden. Waren wir von ausgegangen, ist aber auch ein notwendiger Schritt, um in Den Haag Strafanzeige einreichen zu können. Jetzt kriegen wir das noch mal wissenschaftlich und auch politisch aufgearbeitet und manifestiert, dass es diese Taten gegeben hat und dass es auch die Folgen gegeben hat. Und das wird der nächste Schritt sein, eben diese Taten auch strafrechtlich aufzuarbeiten und diejenigen, die das eingeführt haben, zur Verantwortung zu ziehen. Also wir gehen immer einen Schritt weiter. Das gehört auch dazu.

Kla.TV:

Das ist ja wirklich kaum zu fassen. Da war es auch in dem Bericht von unserer Regierung auch gar nicht erwähnt worden, zum Beispiel die freigelegten Protokolle vom Robert-Koch-Institut, dass halt eben für diese Maßnahmen es gar nie eine medizinische Erfordernis gab. Das ist also rein politisch motiviert, weil das ist gar nicht erwähnt worden.

RA Ralf Ludwig:

Alleine die Tatsache, dass die Robert-Koch-Protokolle freigelegt werden mussten, dass die Regierung nicht von sich aus gesagt hat, guck mal, hier ist quasi unser Bericht, wie wir damals gedacht haben, wie wir gehandelt haben, in welcher Situation wir uns befunden haben. Und nachdem sie freigelegt waren, waren sie auch alle noch geschwärzt. Also die, die wir kennen, die Robert-Koch-Protokolle, sind ja geleakt worden. Ja, also die, die ungeschwärzt sind, wo wir wirklich lesen können, was passiert ist. Und das ist ja kein Ruhmesblatt. Man sieht ja, dass... Es wurde uns ja immer weisgemacht: Folge der Wissenschaft, Vertraue auf die Wissenschaft! Die RKI-Protokolle haben hier auch so ein bisschen den Glauben wieder zurückgegeben, nämlich: Vertraue tatsächlich auf die Wissenschaft, weil Wissenschaft ist Diskurs, ist Widerspruch, ist Streit. Und das hat ja beim RKI auch tatsächlich stattgefunden. Und es ist ja dann politisch draufgesetzt worden, dass dieser Streit, der wissenschaftliche Streit und die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht umgesetzt wurden, sondern es wurden ja politische Maßnahmen getroffen. Das sehen wir übrigens auch bei der...

Ein Teil dieses Berichtes ist, wie die STIKO, die ständige Impfkommission, arbeitet. Die ständige Impfkommission ist im Prinzip ein Gremium, wo Professorinnen und Professoren drinsitzen, um in ihrem Lebenslauf ein gewisses Standing oder eine gewisse Anerkennung darbringen zu können. Wir sind in dieser ständigen Impfkommission, aber die ständige Impfkommission ist ein rein politisch dominiertes Gremium, wo am Ende nicht aus wissenschaftlichen Erkenntnissen Entscheidungen getroffen werden, sondern aus

politischen Erkenntnissen. Und das haben die RKI-Protokolle ja auch aufgedeckt. Und das will die Bundesregierung natürlich nicht in so einem Bericht haben, weil man dann eben sieht, dass hier ja diese Menschenrechtsverletzungen nicht einmal aus gutem Willen passiert sind, sondern tatsächlich aus politischer Überzeugung.

Kla.TV:

Gut, aus Sicht der Bürger ist das jetzt mal so. Der Staat, der tut diese ganze Vergangenheit wie unter einen Teppich kehren. Die Regierungs-, Nicht-Regierungsorganisationen, ich sag mal so, die zwanzig, die ihre Berichte abgeben, da gibt es nur einen, der hat eben den Finger gehalten und gesagt: So nicht! Da hat ein Verbrechen stattgefunden. Es ist ja quasi – ich sag mal so von Ihnen – wie so ein Kampf von so einem David gegen so einen Goliath, oder? Eine Riesenübermacht von Gegenstimmen oder wo man ist, man sich durcharbeiten muss. Wie kann ein Bürger wie ich Ihre Arbeit unterstützen, dass das Gewicht bekommt, dass das auch mehr zum Bewusstsein wird, dass das erforderlich ist, diese Aufarbeitung und auch diese Verhinderung von weiteren Verbrechen?

RA Ralf Ludwig:

Also zunächst kann man uns natürlich dadurch unterstützen, dass man Fördermitglied wird. Wir haben also viele Fördermitglieder. Wir haben das ZAAVV so aufgebaut als Zentrum. Es gibt einen Förderverein, da kann man Fördermitglied werden und kann dann durch, glaube ich, ab zehn Euro monatlich als Fördermitglied erst mal die Arbeit finanziell unterstützen. Weil natürlich auch immer wieder Kosten anfallen. Also jetzt zum Beispiel nach Genf zu fahren, dort in Genf vor Ort zu sein, kostet Geld. So einen Bericht anzufertigen, der Bericht hat ja über ein halbes Jahr gedauert, immer wieder zusammensitzen, Experten zu befragen und so weiter, kostet auch Geld. Also es ist einmal die eine Möglichkeit, dass man es tatsächlich finanziell und durch eine Fördermitgliedschaft unterstützen kann.

Ansonsten haben wir auch Arbeitsmöglichkeiten. Also wir haben verschiedene Ausschüsse, wir haben verschiedene Organisationen. Also wir bauen ja auf quasi vier Teilbereiche in diesem ZAAVV. Sie hatten es ja vorhin erwähnt: Aufklärung, Aufarbeitung, juristische Verfolgung und Verhinderung. Wir haben für jeden dieser Bereiche quasi Unterorganisationen, die dort in verschiedenen Bereichen arbeiten. Also die dann eben zum Beispiel Flyer erstellen, Postkarten erstellen, Informationen machen, Pressemitteilungen machen und so weiter. Wir haben die Möglichkeit, auf der Seite des ZAAVV [www.zaavv.com] kann man das sehen: Man kann seine eigene Erfahrung dort schildern. Man kann quasi Fälle selbst zur Anzeige bringen, was man selbst erlebt hat – ob man bei Demonstrationen verfolgt war, ob man nicht in ein Konzert reingehen durfte. All diese Dinge, die man selbst erlebt hat, kann man dort quasi über so ein Anmeldeformular [<https://www.habeascorpus.ch/fallerfassung.php>] zur Anmeldung bringen.

Weil, wenn man nach Den Haag geht... Es gibt ja schon eine Strafanzeige in Den Haag, die die beiden Menschenrechtsverteidiger, die ja den Bericht im Wesentlichen mit mir zusammen geschrieben haben, schon eingereicht haben. Es gibt ja ein Aktenzeichen, es gibt schon eine Strafanzeige in Den Haag, und wir reichen immer wieder nach. Das heißt also, immer wieder, wenn wir neue Fälle haben, wenn wir weitere Impfpfer haben, wenn wir Nebenschäden haben und so weiter, muss Den Haag quasi immer die Masse kriegen. Das heißt, Den Haag braucht dann viele Informationen, und die kann man uns geben. Also man kann dem ZAAVV die Informationen geben, man kann uns Dokumente zuschicken. Wir haben mittlerweile ein wunderbares Server-System, wo man Videos einreichen kann, wo

man Dokumente einreichen kann. Alles, was man erlebt hat in der Corona-Zeit, gerne an das ZAAVV schicken, einfach auf die Seite vom ZAAVV [www.zaavv.com], dann sieht man das. Dort einfach Dinge hochladen, Dateien hochladen, gerne auch per Mail schicken.

Und wir haben eben wie gesagt ein Dokumentationssystem, wo wir das alles durchlesbar machen. Jedes Video wird gleich transkribiert [in Text umgewandelt]. Das heißt also, wir können quasi über eine Suchfunktion, also auch Juristen, Wissenschaftler können bei uns ganz, ganz viele Dinge, die in der Corona-Zeit passiert sind, schon mittlerweile durchsuchen. Videos, wie gesagt, Dokumente, Dateien, Informationen, natürlich diese ganzen Nudging- und Schockstrategiebriefe. All das wird gesammelt, dokumentiert, in eine Zeitleiste gepackt, damit wir das auch für die zukünftigen Generationen aufarbeiten und vorhanden haben, dass es wissenschaftlich bearbeitet werden kann.

Und das heißt, alle eigenen Erfahrungen können wir machen. Ich habe zum Beispiel mal einen Aufruf gemacht. Jeder, auch Sie, können das machen. Ganz wichtig, nehmen Sie ein Video auf mit Ihrem Handy. Jeder hat heute ein Handy. Handy vor sich stellen, Video aufnehmen oder jemandem sagen und die eigene Geschichte erzählen, was man zwischen 2020 und 2023 erlebt hat. Das ist ganz wichtig, weil die Oral History haben wir sonst nur über das, was die Mainstream-Medien oder die Mainstream-Zeitungen, Fernsehen und so weiter berichten. Denn es ist besser, wenn die Menschen selber [erzählen]. Wir kennen das doch aus den Zeiten des Nationalsozialismus – sehen wir doch jetzt immer ganz viele alte Menschen, die dann noch berichtet haben als Zeitzeugen. Und jetzt in der modernen Zeit können wir ja selber alle Zeitzeugen sein, einfach auf Video aufnehmen, seine eigene Geschichte erzählen und dem ZAAVV schicken, hochladen.

Kla.TV:

Und jede Stimme ist einfach ein Gewicht bei Ihrem Anliegen, bei unserem gemeinsamen Anliegen für die Aufarbeitung, Verhinderung, vor allen Dingen auch, dass so was nicht wieder vorkommt. Das gibt dem Ganzen auch Gewicht.

RA Ralf Ludwig:

Ja, auch für die Zukunft. Genau, es gibt sowieso Gewicht. Also wir arbeiten auf das Ziel hin – was auch übrigens eine der weiteren Forderungen in unserem Parallelbericht ist, wir wollen, dass es eine sogenannte Wahrheitskommission gibt.

Kla.TV:

Was ist das, Wahrheitskommission?

RA Ralf Ludwig:

Wahrheitskommission ist ein fester Begriff sogar bei der UNO. Das heißt also, wir hatten ja bei Menschenrechtsverletzungen wie in Ruanda [Der Völkermord in Ruanda (1994) kostete ca. 800.000 bis 1.000.000 Menschen das Leben] oder in Südafrika, also in Südafrika ist ja nachdem die Apartheid aufgehoben wurde, eine sogenannte Wahrheitskommission eingerichtet worden. Wahrheitskommission heißt, dass die Betroffenen sich zusammensetzen. Was erleben wir jetzt? Wir erleben Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen [überfraktionelle Arbeitsgruppen, die umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe bearbeiten sollen] und so weiter. Das heißt, die Täter setzen sich eigentlich zusammen und diskutieren miteinander, was denn damals passiert ist.

Wo finden die Opfer statt? Ja, es kommen dann ein paar Experten dazu, aber das war es. Aber wo sind denn eigentlich die Menschen, die betroffen waren? Wo findet das denn statt? Weil die Menschen, die betroffen sind, haben das ja vor Ort erlebt. Und wir brauchen, aus meiner Sicht, in jedem Landkreis, in jeder Kommune eine Wahrheitskommission, wo aufgearbeitet wird. Was ist in dieser Zeit eigentlich passiert? Wer hat mitgemacht? Wer hat wie mitgemacht?

Die Gesundheitsämter haben mitgemacht, die Schulen haben mitgemacht, die Schulleitungen haben mitgemacht, die Arbeitgeber haben mitgemacht, die Polizei hat mitgemacht, die Versammlungsbehörden haben mitgemacht. Alle haben doch mitgemacht und haben Menschen diskriminiert, Menschen unterdrückt, die eigentlich nur kritisch hinterfragt haben, stimmt das denn alles, was wir hier hören? Und das muss vor Ort passieren in sogenannten Wahrheitskommissionen. Das heißt also, es muss nicht... – wie gesagt, die Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommission schön und gut. Aber wir brauchen vor Ort Kommissionen, wo Täter und Opfer zusammen an einem Tisch sitzen und miteinander diskutieren, wo wirklich aufgearbeitet wird, was ist eigentlich passiert, wo auch die Täter mal berichten, warum sie dazu gekommen sind, das zu tun, was sie tun. Und dann sind wir nämlich wieder bei der Schockstrategie, beim Nudging, dass die sagen, wir haben das doch alles geglaubt. Und dass man daraus dann neue Regeln des Zusammenlebens entwickelt und sagt, okay, wo kann ich denn Firewalls einbauen? Wo kann ich denn dafür sorgen, dass so was nie wieder passiert?

Kla.TV:

Und diese Wahrheitskommissionen, wer initiiert das? Wie kommen die zustande dann?

RA Ralf Ludwig:

Na ja, die Wahrheitskommissionen können unterschiedlich initiiert werden. Wir gehen ja jetzt an die UNO dran, dass die UNO das quasi als Forderung an die Bundesregierung stellt, dass man im Prinzip sagt, stellt Geldmittel zur Verfügung. Also im Prinzip kann man das ja auf Länderebene, also Bundesländerebene oder auch auf Bundesebene kann man ja sagen, wir stellen... – anstatt jetzt hier weitere 15 Millionen in die Demokratieförderung... Das sind ja genau dann diese NGOs, die sich dann hinstellen und sagen, wir haben eigentlich nichts zu kritisieren. Wir kriegen ja Geld vom Staat, alles tiptop. Dass man diese 15 Millionen, die man jetzt aufstocken will, nicht dafür nutzt, weiterhin in die Demokratieförderung, diese sogenannte Demokratie... Es wird ja nicht die Demokratie, sondern unsere Demokratie gefördert – sind ja zwei unterschiedliche Begriffe. Dass man dieses Geld zum Beispiel nimmt und sagt, das wird zur Verfügung gestellt für Organisationen oder für Menschen, die vor Ort eine Wahrheitskommission gründen.

Und dann sitzt man tatsächlich vor Ort, sagt man, okay, wir gehen in die Stadthalle oder ins Rathaus, je nachdem, wo Platz ist. Und alle Menschen können sich beteiligen. Wir machen jetzt hier ein Programm und sagen, okay, was haben wir in diesen Jahren erlebt? Was habe ich erlebt? Wie habe ich es erlebt? Was ist mit mir passiert? Was ist mit meinen Kindern passiert? Welchen Druck musste ich ertragen? Und da sitzt man dann zusammen und nicht in dem Sinne, dass man sich gegenseitig verurteilt oder so was, sondern dass man erst mal sagt, wir berichten mal, was ist passiert. Wir sind wieder dazu gekommen. Und dann wird halt eben aufgearbeitet. Und dann werden daraus Schlüsse gezogen. Das wäre so eine Wahrheitskommission. Und das findet dann auch unter der Schirmherrschaft zum Beispiel der UNO statt, dass die UNO eben dann darauf achtet, dass es auch eben fair abläuft und

nicht wieder einseitig so nach dem Motto, na ja, wir haben ja alles richtig gemacht.

Kla.TV:

Und das ZAAVV hat an die UNO in seinem Bericht jetzt auch so einen Vorschlag gemacht, dass es diese Wahrheitskommissionen gibt.

RA Ralf Ludwig:

Wir können Forderungen stellen. Wir können quasi sagen, was wollen wir, dass jetzt passiert. Und dazu gehört Aufbau von Wahrheitskommissionen. Dazu gehört der sofortige Stopp von mRNA-Impfungen. Dazu gehört eben das Verbot von Nudging. Dazu gehört eine klare Regelung, dass Kultur niemals wieder verboten werden darf. Kultur hat ja auch immer diesen Widerstandskern. Also Kunst und Kultur beinhaltet ja immer die Vorstellung von dem, was sein könnte und hat damit immer etwas Widerständiges.

Ich glaube, dass es einen Grund dafür gab. Sie sagten, glaube ich, eingangs, dass es weltweit diese Maßnahmen gab. Das stimmt ja so nicht. Also es war ja nur begrenzt, im Wesentlichen auf die westlichen Länder, diese Maßnahmen, auch diese einschneidenden Maßnahmen, also beziehungsweise auf die Industrieländer. Und es war ja sehr unterschiedlich. Also im sogenannten Oxford Stringency Index [Instrument zur Bewertung der Strenge der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie weltweit] war Deutschland ja immer weit führend. In Spanien zum Beispiel waren kulturelle Veranstaltungen nie verboten, weil die Kultur in Spanien auch in die spanische Verfassung geschrieben ist. Und das heißt, es mussten immer Konzerte stattfinden, und Menschen mussten immer das Recht haben, an Konzerten, an kulturellen Veranstaltungen, an Museen und so weiter teilzuhaben.

Und ich glaube, man kann eine totalitäre Gesellschaft nur aufbauen, wenn man die Kunst verbietet. Oder wenn man versucht, den Zugang zur Kunst zu verbieten. Und das ist passiert. Und deswegen ist das auch eine unserer wichtigsten Forderungen, dass man Kunst und Kultur nie wieder in dieser Form verbieten darf, den Zugang dazu so verbieten darf, wie wir das erlebt haben in diesen drei Jahren.

Kla.TV:

Hochinteressant.

RA Ralf Ludwig:

Und natürlich auch Bildung. Es ist ja Bildung eingeschränkt worden. Die Schüler konnten ja nicht mehr zur Schule gehen. Und dieser sogenannte Fernunterricht hat ja auch nicht stattgefunden oder konnte im Wesentlichen nicht stattfinden. Zur Schule: Das Wesentliche an der Schule ist ja aber das Zusammentreffen der Menschen und nicht irgendwo an einem Device, an einem Gerät zu sitzen und irgendwelche Bildung aufzunehmen. Sondern es ist ja auch dieses Zusammenkommen, eben auch die zwischenmenschliche Interaktion. Und so etwas darf nie wieder verboten werden. Das darf nie wieder vorkommen. Und da gehört es eben auch dazu, als Schritt, diese Wahrheitskommission zu haben, wo eben zum Beispiel die Schülerinnen und Schüler mal schildern können, wie es ihnen eigentlich in dieser Zeit gegangen ist, wie es ihnen heute noch geht, damit klarer wird für die Gesellschaft: So etwas dürfen wir nie wieder machen!

Kla.TV:

Ja, hochinteressant. Wunderbar. Dann ist das also der Schlüssel auch für die Aufarbeitung und auch für die Verhinderung von weiteren Verbrechen, ist also mit auch in diesen Wahrheitskommissionen, die jetzt eingerichtet werden sollten. Und ich denke, dass unser Interview heute, unser Gespräch heute dazu, auch eine wichtige Info ist, auch an die Bürger. Dass halt eben so was noch eingeführt werden soll, dass man weiß, das braucht es unbedingt.

RA Ralf Ludwig:

Ja, die Botschaft muss sein. Also die Pandemiezeit stand ja unter dem Motto, diese Regeln dürfen nicht hinterfragt werden. Und wir setzen dem ja entgegen – sieht man hier auch auf meinem T-Shirt: Freiheit beginnt mit Nein – Regeln müssen immer hinterfragt werden. Man muss immer Nein sagen. Freiheit ist da, wo jemand Nein sagen kann, ohne dass er dadurch negative Konsequenzen fürchten muss. Weil jeder muss das für sich tun können. Und die Menschen müssen lernen, dass sie erheblich mehr Macht haben, als sie bisher glauben. Man glaubt einfach, wir geben die Macht an die Repräsentanten, und die machen schon das Richtige. Und wenn dann eben solche Fehlinformationen kommen, wenn so eine Nudging-Strategie kommt, wenn Schock Strategien kommen, dann folgen die Menschen einfach blind und sind sich selber gar nicht bewusst, welche Macht sie eigentlich in der Hand haben, Dinge zu verändern.

Wir haben es ja in der Corona-Zeit gesehen, dass Menschen durch Demonstrationen, durch die Montagsdemonstrationen, durchaus Politik steuern können und gesellschaftliche Verhältnisse verändern können. Und dazu sollen diese Wahrheitskommissionen auch dienen, dass den Menschen klar wird, ein Staatswesen baut immer auf den Menschen auf, und die Macht haben die Menschen eigentlich in der Hand, wenn sie nicht sie abgeben. Und das heißt, bei sich bleiben und da, wo sie merken, hier stimmt was nicht, Nein sagen und sagen, da mache ich nicht mit, das mache ich nicht. Das ist eine wesentliche Botschaft. Und das kann man natürlich durch diese Wahrheitskommissionen auch stärken. Und es ist klar, dass eine Regierung, die Repräsentanten eines Staates, die die Macht jetzt in der Hand haben, die wollen natürlich sowas nicht. Weil die größte Gefahr für die Repräsentanten ist, dass die Menschen merken, wir müssen das ja eigentlich gar nicht. Wir müssen ja das gar nicht mitmachen, was ihr uns hier vorgebt. Und das soll die Botschaft sein. Die Botschaft soll eigentlich sein: Ein Staatswesen funktioniert dann, wenn die Menschen in diesem Staatswesen sich ihrer Macht, ihrer Möglichkeiten bewusst sind und diese Möglichkeiten auch nutzen.

Und das gibt übrigens auch, das ist vielleicht nochmal auch ein Teil unseres, dieses Sozial-, dieses Parallelberichts, den wir abgegeben haben... Man hat versucht, das ist Ihnen vielleicht auch aufgefallen, man hat versucht, die individuellen Menschenrechte, die einklagbar sind, durch den Begriff Ethik zu ersetzen. Wir müssen ganz gewaltig aufpassen, dass wir diesen Begriff Ethik nicht verwenden. Man hat Ethikkommissionen, und die Ethikkommissionen haben auf einmal vorgegeben, was man machen darf und was man nicht machen darf und was richtig und was falsch ist. Das, was richtig und falsch ist, gibt uns die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und diese beiden Pakte vor. Nämlich individuelle Menschenrechte, die ich habe: Ich habe das Recht auf mein Leben. Ich habe das Recht darauf, mein Leben frei zu führen. Ich habe das Recht, mich zu versammeln. Ich habe das Recht auf Eigentum. Ich habe das Recht, mir meine Arbeit zu suchen, wie ich sie haben will. Ich habe das Recht, meine Kinder so zu erziehen, wie ich sie erziehen möchte und so weiter. Die Kinder haben natürlich wiederum das Recht, nicht geschlagen zu werden. Das sind alles

individuelle Rechte. Und diese individuellen Rechte kann ich ggf. auch einklagen und einfordern vor verschiedenen Institutionen und gegen den Staat. Ethik ist etwas Kollektives. Ethik ist auf einmal die Beschreibung – ja, es ist halt richtig, sich den staatlichen Regeln zu unterwerfen, weil es dann uns allen besser geht und so weiter. Und da fallen dann auf einmal die individuellen Rechte auf Bildung, auf Arbeit, auf all das, was ich gerade erzählt habe, und insbesondere auf meine Würde, hinten runter. Und deswegen haben wir gesagt, auch in diesem Bericht ist eine Forderung, dass wir nicht die Menschenrechte, die individuellen Menschenrechte durch Ethik ersetzen.

Kla.TV:

Ja, sag mal, durch eine dubiose Ethik, wo plötzlich halt eben dann doch die individuellen Rechte oder die Würde des Menschen plötzlich doch noch verhandelbar wird.

RA Ralf Ludwig:

Auf einmal ja, genau.

Kla.TV:

Gut. Ich denke, damit haben wir mal alles gut auf den Punkt gebracht, was Ihnen auf dem Herzen liegt. Wir bleiben gemeinsam dran. Wir werden auch darüber weiter berichten, über Ihre Arbeit. Ich sage noch mal ganz lieben Dank, herzlichen Dank, dass Sie die Zeit genommen haben für dieses Gespräch.

RA Ralf Ludwig:

Ja, vielen Dank, dass ich hier sein durfte.

von Horst M. / hm.

Quellen:

Creative Commons Lizenzen

<https://www.creativecommons.org/licenses/>

ZAAVV – Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der

www.zaavv.com

Menschenrechtsverletzungen durch Corona-Maßnahmen – Parallelbericht des ZAAVV (2025)

<https://www.zaavv.com/de-de/uno>

https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=2704&Lang=en

Fallerfassung von Menschenrechtsverletzungen (ZAAVV)

(insbesondere im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen)

<https://www.zaavv.com/de-de/fallerfassung>

Direktlink: <https://www.habeascorpus.ch/fallerfassung.php>

Studie von Denis G. Rancourt; Joseph Hickey; Christian Linard:

Spatiotemporal variation of excess all-cause mortality in the world (125 countries) during the Covid period 2020-2023 regarding socio-economic factors and public-health and medical interventions (2024)

<https://correlation-canada.org/wp-content/uploads/2024/07/2024-07-19-Correlation-ACM-World-125-countries-Rancourt-Hickey-Linard.pdf>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Politik - www.kla.tv/Politik

#UNO - www.kla.tv/UNO

#RalfLudwig - Ralf Ludwig - www.kla.tv/RalfLudwig

#Interviews - www.kla.tv/Interviews

#Coronavirus - www.kla.tv/Coronavirus

#Verbrechen - www.kla.tv/Verbrechen

#ZAAVV - www.kla.tv/ZAAVV

#JustizGesetze - Justiz & Gesetze - www.kla.tv/JustizGesetze

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.